KPE1 Kommune heißt gemeinsam

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	18.03.2026
Tagesordnungspunkt:	2. Kommunalpolitische Erklärung

Antragstext

Morgens um halb sieben ist der Ort schon wach. Der Erzieher schließt die Kita auf, die Busfahrerin nimmt den Handwerker mit und der Pfleger bringt das Frühstück zur Patientin. Das ist Kommune – unser gemeinsames Leben. Kommune ist der Gehweg, auf dem unsere Kinder zur Schule laufen. Die Bank, auf der Jugendliche abends sitzen. Das Freibad, das im Sommer offen ist. Die Wohnung, die unser Zuhause ist und der Bus, der auch abends kommt.

Wenn das Gemeinsame funktioniert, wird das Private wieder leichter. Wenn die Kita gut ist, können Eltern arbeiten. Wenn der Bus fährt, bleiben wir mobil. Wenn in der Innenstadt genug Bäume Schatten werfen, kann man dort leben. Wenn wir eine passende Wohnung finden und wenn Verwaltung digital hilft, verlieren wir nicht Stunden am Schalter.

Deshalb machen wir GRÜNE kommunal Politik. Gemeinsam machen wir unsere Dörfer und Städte klimafest, damit Starkregen nicht zur Katastrophe wird und Sommer Spaß und nicht krank macht. Wir machen sie bezahlbar, damit junge Menschen ausziehen können und ältere nicht wegziehen müssen. Wir investieren in Bildung und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen. Wir schaffen Räume, in denen Teilhabe nicht vom Konto abhängt. Wir stehen ein für Respekt, weil Hass keinen Platz haben darf. Wir fördern Kultur, weil sie das Leben reicher macht. Wir arbeiten zusammen mit Vereinen, Initiativen und Betrieben. Wir hören zu, diskutieren mit und suchen nach den besten Lösungen. So sorgen wir für das gute Leben für alle vor Ort – gemeinsam.

Gemeinsam schützen wir, was uns schützt

Klimaschutz bedeutet mehr Lebensqualität. Mehr Bäume werfen mehr Schatten. Begrünte Fassaden kühlen uns im Sommer. Grünflächen, Wiesen und Parks lassen den Regen versickern und sind im Sommer unser Wohnzimmer. Wir wollen nicht nur sonntags ins Grüne fahren. Wir wollen, dass unsere Orte grüner werden. Wir müssen die Erderhitzung begrenzen. Und wir müssen uns auf die Folgen vorbereiten, die längst da sind: Starkregen, Stürme, Hitze, Trockenheit.

Umso wichtiger ist es, vor Ort Klimaschutz und -anpassungsstrategien zu erarbeiten. Das gilt für alle Landkreise und kreisfreien Städte. Wir haben erreicht, dass hierfür finanzielle Mittel vom Land zur Verfügung gestellt werden. Klimaschutz ist damit erstmals kommunale Pflichtaufgabe.
Jetzt geht es darum, diese Strategien konsequent umzusetzen: Wasser in der Landschaft halten, Städte begrünen, Bäume pflanzen, Flächen entsiegeln.

Der klimaneutrale Umbau von Wärmeversorgung und Mobilität ist eine große Herausforderung. Für uns gehört Wärme zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Fern- und Nahwärme sollen von kommunalen Energieversorgern getragen werden. Verlässlich, bezahlbar, in demokratischer Hand und im Interesse der Menschen vor Ort.

Wo eine zentrale Wärmeversorgung sinnvoll ist, setzen wir uns für eine schnelle und planbare Umsetzung ein. Damit nicht jede Familie allein entscheiden und investieren muss. Damit das Gemeinsame entlastet. Deshalb haben wir im Land bei der kommunalen Wärmeplanung auf Tempo gesetzt und die Städte und Gemeinden früh und fair finanziert auf den Weg geschickt.

Energiewende heißt für uns auch: Beteiligung statt Belastung. Deshalb haben wir GRÜNE in der Landesregierung durchgesetzt, dass Kommunen und Bürger*innen an Windkraft- und großen Photovoltaik-Anlagen beteiligt werden. Pro Windrad fließen so jährlich bis zu 45.000 Euro in die kommunalen Kassen – Geld, das vor Ort bleibt und dem Gemeinwohl dient. Auch kommunal setzen wir uns dafür ein, dass die Wertschöpfung in der Region bleibt und Menschen direkt profitieren.

Gemeinsam schaffen wir Räume zum Leben

Eine bezahlbare Wohnung ist die Grundlage für ein gutes Leben. Sie ermöglicht jungen Menschen den Start ins eigene Leben, gibt Familien Sicherheit. Und erlaubt älteren Menschen, im gewohnten Umfeld zu bleiben. Wo Menschen gut wohnen können, entsteht Nachbarschaft. Wo Nachbarschaft entsteht, wächst Gemeinschaft.

Kommunale Flächen vergeben wir nicht nach Höchstpreis, sondern nach dem besten Konzept – mit garantiert niedrigen Mieten. In neuen Quartieren sichern wir mindestens 30 Prozent bezahlbaren Wohnraum. Und wir setzen auf öffentlichen Wohnungsbau. Mit der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft WohnRaum Niedersachsen hat Rot-Grün einen schweren Fehler früherer Privatisierungen durch Schwarz-Gelb korrigiert. Für mehr bezahlbaren Wohnraum leisten auch die 400 Mio. Euro, die die Landesregierung bereitgestellt hat, einen wichtigen Beitrag. Wir stärken kommunale Wohnungsbaugesellschaften und öffentliche Verantwortung. Wohnen soll dem Gemeinwohl dienen – nicht der Rendite.

Wir schützen Mieter*innen, halten Quartiere stabil und verhindern spekulativen Leerstand. Dazu gehören auch die Umsetzung der Mietpreisbremse oder die Ausweisung von Milieuschutzgebieten. Wohnungen gehören genutzt, nicht gehortet. Wir lassen Menschen nicht allein und bringen Mieterschutz ins Bürgerbüro, mit Starke-Mieter*innen-Stellen in Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt.

Wir entwickeln Quartiere weiter: mit kleineren Wohnungen für ältere Menschen im vertrauten Umfeld, mit Wohnheimen für Studierende und Auszubildende, mit Lösungen gegen Obdachlosigkeit. Housing First zeigt, dass ein Neuanfang möglich ist. Gleichzeitig schaffen wir neuen Wohnraum – klug und flächensparend. Wir stärken Ortskerne, nutzen Bestände besser und bauen so, dass Landschaft erhalten bleibt und Gemeinschaft wächst.

Stadt- und Bauleitplanung ist zentraler Teil der kommunalen Selbstverwaltung und muss auch weiterhin unter intensiver Beteiligung der Bürger*innen von den Stadt- und Gemeinderäten entschieden werden. Die von Schwarz-Rot im Bund geschaffene Möglichkeit, außerhalb bestehender Baugebiete ohne Bebauungsplan zu bauen, lehnen wir ab. Wir wollen keinen städtebaulichen Wildwuchs nach dem Gusto einzelner Investor*innen.

Gemeinsam verbinden wir Wege und Menschen

Mobilität bedeutet Freiheit. Sie entscheidet darüber, ob wir zur Arbeit kommen, Freund*innen treffen, einkaufen oder ins Schwimmbad fahren können. Und sie

entscheidet darüber, wie lebendig ein Ort ist. Wir gestalten Dörfer und Städte mit sicheren, kurzen Wegen und einem starken öffentlichen Nahverkehr. Mit Wegen, auf denen Kinderwagen, Rollstühle und Fahrräder selbstverständlich Platz haben.

Das Deutschland-Ticket hat den ÖPNV einfacher und bezahlbarer gemacht. Jetzt geht es darum, Angebote vor Ort zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen. Besonders im ländlichen Raum ist Verlässlichkeit entscheidend. Die von Rot-Grün eingeführte Vergünstigung für Auszubildende und Freiwilligendienstleistende stärkt junge Menschen insbesondere auf dem Land. Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen vergünstigte Angebote bekommen, um mobil zu sein, beispielsweise durch ein Schüler*innen-Deutschlandticket.

Wir setzen auf Tempo 30 innerorts – vor allem auf Schulwegen, vor Kitas, Schulen und Pflegeeinrichtungen. Weniger Lärm, mehr Sicherheit, mehr Lebensqualität. Im ländlichen Raum bleibt das Auto wichtig. Aber auch hier gilt: die Zukunft ist elektrisch. Deshalb treiben wir den Ausbau der Ladeinfrastruktur voran – gemeinsam mit Handel, Arbeitgebern und Gastronomie. Parkflächen sollen mit Ladepunkten ausgestattet werden. Öffentliche Ladepunkte ermöglichen den Umstieg auch ohne eigene Wallbox.

Gemeinsam eröffnen wir Bildung und Chancen

Kinder, die morgens neugierig in die Kita gehen. Schüler*innen, die im Ganztag lernen, spielen, essen und Freundschaften schließen. Eltern, die wissen: mein Kind bekommt hier alle Chancen. So entsteht Zukunft im eigenen Ort. Bildung beginnt früh und entscheidet über Lebenschancen. Deshalb investieren wir in gute Kitas, moderne Schulen und eine verlässliche Bildungsplanung vor Ort. Als GRÜNE sorgen wir im Land für mehr Lehrkräfte, mehr Schulsozialarbeit, mehr Ressourcen und Freiräume. Damit Kinder besser lernen und wachsen können.

Dafür haben wir die Mittel für Kitas deutlich erhöht und verlässlichere Planungsgrundlagen geschaffen. Mehr Ausbildungsplätze für Erzieher*innen, der Quereinstieg und berufsbegleitende Fortbildungsmaßnahmen wurden gestärkt sowie mehr Flexibilität beim Personaleinsatz ermöglicht. Wir setzen uns dafür ein, mehr Verlässlichkeit zu schaffen, die Sprachförderung weiter zu stärken und insgesamt gute Rahmenbedingungen für eine gute Kinderbetreuung zu schaffen. Daher wollen wir eine nachhaltige Kita-Entwicklungsplanung: bei zukünftig voraussichtlich sinkenden Kinderzahlen möchten wir die Mittel im System behalten, um freiwerdende Ressourcen gezielt für mehr Qualität einsetzen zu können.

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab 2026 ist eine große Chance. Wir wollen Ganztagsschulen, die pädagogisch eingebettet und damit mehr als ein Betreuungsangebot am Nachmittag sind. Denn Ganztag heißt: mehr Zeit zum Lernen, mehr Raum für Förderung, mehr Gemeinschaft. Dazu gehört selbstverständlich gutes Schulessen.

Gutes Lernen erfordert Ressourcen und gerechte Chancen. Wir haben in den vergangenen Jahren in Niedersachsen die Bildungsausgaben deutlich erhöht, für eine gerechtere Besoldung gesorgt sowie mehr als 3.800 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte geschaffen und damit trotz steigender Schüler*innenzahlen und Aufgaben die Unterrichtsversorgung stabilisiert. Mit dem Startchancenprogramm werden gezielt Schulen mit besonderen Herausforderungen beispielsweise durch mehr Schulsozialarbeit gefördert. An den Grundschulen gibt es jetzt mit der

„Sicheren Basis“ eine zusätzliche Lernzeit, um gezielt Basisqualifikationen in Mathe und Deutsch zu fördern. Diesen Weg wollen wir gezielt fortsetzen, um für alle jungen Menschen gute Bedingungen zu gestalten. Hierzu ist es wichtig, die Mittel des Sondervermögens insbesondere auch für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur zu nutzen. Die Sanierung von Kitas und Schulen ist elementar, damit gute Bildung Zukunft hat.

Moderne Bildung braucht moderne Ausstattung. Deshalb stellen wir sicher, dass Schulen gut ausgestattet sind – mit zeitgemäßer IT, funktionierender Infrastruktur und verlässlichem Support. Dass alle Schüler*innen ein kostenloses digitales Endgerät vom Land bekommen, ist ein wichtiger Beitrag zu gerechten Chancen. Denn es darf nicht der Geldbeutel der Eltern darüber entscheiden, um Schüler*innen Zugang zu digitalem Lernen bekommen. Wir sorgen vor Ort dafür, dass diese Geräte auch sinnvoll genutzt werden können.

Gemeinsam halten wir Respekt und Demokratie lebendig

Der Zusammenhalt ist am stärksten, wenn alle mitmachen. Teilhabe am kommunalen Leben darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Schon gar nicht bei Kindern. Deshalb stehen wir für die Unterstützung von Menschen mit geringem Einkommen, etwa durch Vergünstigungen im ÖPNV, fürs Schwimmbad, dem Theater oder der Bücherei. Bei uns können alle mitmachen.

Gleichzeitig sehen wir: Hass und Hetze nehmen in vielen Kommunen zu – bis hin zu politisch motivierter Gewalt. Jüdinnen und Juden, queere Menschen, Musliminnen und Muslime, Engagierte im Ehrenamt werden bedroht und angegriffen. Dem treten wir entgegen. Jede Tat muss konsequent verfolgt werden. Starke kommunale Gemeinschaften sind das beste Mittel gegen Hass und Gewalt. Wir unterstützen Projekte und Initiativen, die sich für ein respektvolles Miteinander einsetzen. Wir stehen für den Schulterschluss aller Demokrat*innen: Angriffe auf Kommunalpolitiker*innen sind Angriffe auf unsere Demokratie.

Sicherheit ist ein wesentlicher Aspekt von Stadtentwicklung. Es gibt öffentliche Orte, an denen sich insbesondere Frauen unsicher fühlen – schlecht beleuchtete Wege, Parks oder Unterführungen. Wir setzen uns dafür ein, Stadtentwicklung stärker aus der Perspektive und entlang der Bedürfnisse von Frauen zu denken. Doch der gefährlichste Ort für Frauen ist das eigene Zuhause. Jede Frau, die von häuslicher Gewalt betroffen ist, muss Zugang zu Schutz und Unterstützung erhalten. Wir schaffen vor Ort Schutzräume in Frauenhäusern. Darüber hinaus müssen wir aber auch deutlich die Täter benennen: Gewalt im öffentlichen und privaten Raum geht in aller Regel von Männern aus. Hier braucht es mehr präventive Maßnahmen, damit es gar nicht erst zu unsicheren Situationen bis hin zu körperlicher oder psychischer Gewalt kommt - egal ob in der Öffentlichkeit oder im eigenen Zuhause. Das funktioniert vor allem mit flächendeckenden Aufklärungs- und Beratungsangeboten.

Demokratie lebt von Beteiligung. Dafür bedarf es nicht nur einer Stärkung der kommunalen Räte, sondern auch mehr Möglichkeiten der direkten Mitgestaltung der Menschen vor Ort. Wir setzen uns für eine Politik des Gehörtwerdens ein. Wir setzen auf neue Formen der Beteiligung wie die Einrichtung von Bürger*innenräten, um gezielt Menschen mit in Prozesse einzubeziehen, die sonst nicht den Weg in eine Bürgerfragestunde des Gemeinderats finden. Insbesondere wollen wir die Beteiligung von jungen Menschen stärken, von Fragen der

Spielplatzgestaltung bis zur Stadtentwicklung. Denn Demokratie muss nicht nur gelernt, sondern auch gelebt werden.

Gemeinsam machen wir Verwaltung verlässlich

Eine moderne Verwaltung versteht sich als Partnerin der Bürger*innen. Sie unterstützt aktiv, kommuniziert verständlich und handelt serviceorientiert. Verwaltungsangebote sollen barrierefrei, digital und analog zugänglich sein. Digitalisierung ist dabei ein wichtiges Werkzeug. Wir setzen auf nutzerfreundliche Online-Angebote, die bundesweit kompatibel sind. Dazu gehört auch eine einheitliche Identifizierungslösung. Statt Daten immer wieder neu abzufragen, wollen wir – selbstverständlich nur mit Zustimmung – den Austausch zwischen Behörden verbessern. Alle kommunalen Leistungen sollen für die Bürger*innen über eine Stadt- oder Gemeinde-App einfach abrufbar sein.

Auch auf kommunaler Ebene setzen wir uns dafür ein, Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren durch moderne Register und einen umfassenden digitalen Austausch zwischen den verschiedenen Fachabteilungen der Verwaltung und mit anderen Behörden zu beschleunigen.

Gleichzeitig zeigt die Abhängigkeit von großen, häufig US-amerikanischen Tech-Konzernen: Verwaltung muss digital souveräner werden. Wo immer möglich, setzen wir auf offene, europäische und kommunenübergreifende Open-Source-Lösungen. Klar ist für uns aber, dass der Bund zügig die Kommunen und Länder hierbei unterstützen muss, damit nicht jede Kommune aus der Not heraus eine eigene Lösung für sich bauen muss.

Gemeinsam sichern wir das Fundament der Kommunen

Ob die Kita genug Plätze hat, das Schwimmbad offen bleibt oder die Brücke nicht zur Dauerbaustelle wird entscheidet am Ende oft nicht der gute Wille, sondern die Kassenlage. Wenn Kommunen sparen müssen, wird das Gemeinsame dünn.

Damit Städte, Gemeinden und Landkreise handlungsfähig bleiben und in die Zukunft investieren können, brauchen sie eine solide finanzielle Grundlage. Doch vielerorts fehlt genau das Geld, das nötig ist. Viele Kommunen stehen unter Druck. Bei Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Radwegen, Brücken und der öffentlichen Infrastruktur insgesamt.

Damit endlich mehr Investitionen möglich sind, haben wir GRÜNE mit dafür gesorgt, dass 2025 das Sondervermögen und die Reform der Schuldenbremse auf den Weg gebracht wurde. Jetzt geht es darum, dass diese Mittel auch vor Ort ankommen. Diese Milliarden müssen in die Zukunft des Landes investiert und dürfen nicht für Wahlgeschenke oder Haushaltslücken der Bundesregierung zweckentfremdet werden. Wir GRÜNE haben im Land gegengesteuert: mit höheren Mitteln im kommunalen Finanzausgleich, einem kommunalen Investitionspaket, zusätzlichen Geldern für die Kitas und einer deutlich erhöhten Investitionsquote im Landeshaushalt. Das wirkt vor Ort. Dort, wo Menschen es jeden Tag spüren.

Trotzdem bleibt das Grundproblem: Kommunen sind strukturell unterfinanziert. Das muss der Bund ändern, damit nicht weiter an den falschen Stellen gekürzt wird.

Darum fordern wir:

- die vollständige Übernahme der Kosten für Aufgaben, die der Bund per Gesetz vorgibt,
- deutlich mehr Bundesmittel für den Rechtsanspruch auf Ganztag im Grundschulalter,
- eine spürbare, strukturelle Verbesserung der kommunalen Einnahmen – zum Beispiel durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer,
- eine Gemeinschaftsaufgabe „kommunaler Klimaschutz", damit der Bund sich an den Kosten beteiligt, wenn Städte und Gemeinden klimaresilient umgebaut werden.

Wir lassen dabei nicht gelten, dass der Bund sich heraus redet, er hätte kein Geld und könnte die Kommunen nicht unterstützen. Geld in Deutschland ist extrem ungleich verteilt. Wir wollen Vermögen gerecht besteuern, damit wir uns vor Ort starke Städte und Gemeinden leisten können.

Gemeinsam wird Zukunft möglich

Morgens um halb sieben merken wir schon, ob das Leben vor Ort funktioniert. Ob die Kita offen ist oder der Bus fährt. Ob wir unsere Kinder mit dem Fahrrad sorgenfrei zur Schule fahren lassen können. Ob das funktioniert, ist kein Zufall. Es ist das Ergebnis politischer Entscheidungen vor Ort. Eine starke Gesellschaft wächst von unten. Dort, wo Menschen Verantwortung übernehmen. Wo wir Infrastruktur nicht kaputtsparen, sondern erhalten. Wo wir Zukunft nicht verschieben, sondern gestalten.

Wir GRÜNE stehen für diese Haltung. Wir investieren in das, was uns trägt. Wir schützen, was uns schützt. Wir bauen, was Zusammenhalt stärkt. Wir sorgen dafür, dass auch kommende Generationen hier gut leben können. Wenn das Gemeinsame stark ist, wächst Vertrauen.
Wenn Vertrauen wächst, bleibt Demokratie lebendig. Und wenn Demokratie lebendig bleibt, hat Zukunft eine Chance. Dafür braucht es starke GRÜNE bei der Kommunalwahl 2026 in Niedersachsen.